

Bern, 11. September 2023

# Herbstsession 2023: Empfehlungen von AvenirSocial zum Ende der Legislatur

Sehr geehrte Mitglieder des Nationalrates

Wir wünschen Ihnen einen guten Start in die letzte Session der laufenden Legislatur! Wir übermitteln Ihnen nachfolgend unsere Empfehlungen zu Geschäften, die für die Herbstsession traktandiert sind und die Soziale Arbeit direkt betreffen. [Unsere Empfehlungen zu früheren Geschäften finden Sie hier.](#)

Als Berufsverband der Sozialen Arbeit vertritt [AvenirSocial](#) die Interessen der Fachpersonen mit einer tertiären Ausbildung in Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokultureller Animation, Gemeindeanimation, Kindheitspädagogik und Arbeitsagogischer Leitung. Als Berufsverband sind wir bestrebt, dass politische Entscheidungen zu mehr Solidarität und sozialer Gerechtigkeit führen. Ebenso streben wir die Ermächtigung der Menschen an, sodass eine selbstbestimmte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben möglich ist.

## **Motion Feri 21.4486** **«Förderung der Rechtsberatung in der Sozialhilfe mittels Anschubfinanzierung»**

*Behandlung unter «Parl. Vorstösse in Kategorie IV EDI» am 12. und 13., 14., 28. September 2023*

**Empfehlung: Annahme**

In der Schweiz kommt es immer wieder zu Fehlentscheiden von Sozialhilfebehörden und diese haben für die Betroffenen schnell existenzielle Folgen. Häufig bleibt den Betroffenen der in solchen Situationen dringend notwendige Zugang zum Recht verwehrt. Dieser Missstand wird auch in der 2021 vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) publizierten Studie «Rechtsberatung und Rechtsschutz von Armutsbetroffenen in der Sozialhilfe» festgestellt und spricht von «gravierenden Lücken» beim Rechtsschutz. Als Massnahme für die Behebung dieser Lücken empfehlen die Studienautor\*innen eine Stärkung von unabhängigen und staatlich finanzierten Rechtsberatungsstellen, um den Rechtsschutz zu garantieren.

## **Parlamentarische Initiative 22.484** **«Kinder vor Armut schützen»**

*Behandlung unter «Parlamentarische Initiativen 1. Phase» am 20., 21., 26., 27., 28. September 2023*

**Empfehlung: Annahme**

Kinder, die in Armut aufwachsen, sind auch in der Schweiz eine Realität. So machen beispielsweise Kinder und Jugendliche [gemäss den offiziellen Zahlen einen Drittel der Sozialhilfebeziehenden](#) aus und für Haushalte mit Kindern ist es ausserordentlich schwierig, aus der Armut heraus zu kommen. Kinder und Jugendliche, die in finanziell prekären Haushalten aufwachsen, müssen auf elementare Bedürfnisse wie Freizeitaktivitäten, qualitatives Schulmaterial oder eine ausgewogene, gesunde Ernährung verzichten. Die langfristigen Folgen von Kinderarmut sind gross, sowohl für die betroffenen Personen wie auch gesamtgesellschaftlich.

Im Sinne der Chancengleichheit, welche in der Kinderrechtskonvention definiert ist, plädieren wir für die Annahme der parlamentarischen Initiative damit eine gesetzliche Grundlage zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut geschaffen werden kann.

## **Motion 22.4148** **«Keine reduzierte Sozialhilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine und vorläufig Aufgenommene»**

*Behandlung unter «parl. Vorstösse in Kategorie IV EJPD» am 25. oder 27. September 2023*

**Empfehlung: Annahme**

Der Ukrainekrieg und der damit aktivierte Schutzstatus S hat in der breiten Öffentlichkeit aufgezeigt, wie knapp bemessen Leistungen der öffentlichen Sozialhilfe grundsätzlich sind. Darüber hinaus wurde deutlich, wie ungerechtfertigt eine zusätzliche Unterscheidung aufgrund des «Migrationsgrunds» ist. [AvenirSocial hatte bereits im März 2022 auf die Ungleichbehandlung von Geflüchteten hingewiesen und diese als diskriminierend taxiert.](#) Alle Menschen in Not haben aus unserer Sicht die gleichen Ansprüche, und zwar unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Die Lebenshaltungskosten sind für alle gleich hoch. Wir fordern die Aufhebung dieser Ungleichbehandlung und empfehlen Annahme der Motion.

Als Berufsverband der Sozialen Arbeit engagieren wir uns, dass Menschen selbstbestimmt ein Leben in Würde bestreiten können. Auch sind wir der Ansicht, dass die heute geltenden Ansätze von öffentlichen Unterstützungsleistungen grundsätzlich zu tief angesetzt sind und diese um mindestens 100 Franken erhöht werden müssen, was auch eine [Studie des Büro BASS von 2019](#) aufgezeigt hat. Weiter wehren wir uns gegen eine Ungleichbehandlung von Menschen in Not aufgrund ihres Aufenthaltstitels.

## **Motionen 22.4155 respektive 22.4156** **«Ersetzung der vorläufigen Aufnahme**

## durch den Status «Humanitärer Schutz/protection humanitaire»

Behandlung unter «parl. Vorstösse in Kategorie IV EJPD» am 25. oder 27. September 2023

**Empfehlung: Annahme**

Mit den beiden Motionen wird ein neuer Status geschaffen, welcher die konkrete Lebenssituation von Menschen mit heutigem Status der vorläufigen Aufnahme verbessert. Die Motion gründet auf der Tatsache, dass die grosse Mehrheit vorläufig aufgenommenen Personen dauerhaft in der Schweiz leben. Ihre Rechte sind aber durch den Titel stark eingeschränkt und ihre Integration in die Gesellschaft wird damit verhindert.

AvenirSocial befürwortet die beiden Vorstösse, die Kritik von AvenirSocial gemeinsam mit anderen NGO am [Status der vorläufig Aufgenommenen ist hier nachzulesen](#).



Wir bedanken uns für die Berücksichtigung der Anliegen. Für Rückfragen stehen ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen,  
Annina Grob

Co-Geschäftsleiterin



**AvenirSocial**

Schwarztorstrasse 22, 3001, Bern

Diese E-Mail wurde an {{contact.EMAIL}} gesendet.

[Im Browser öffnen](#)